

dbb informiert

als Spitzenorganisation der
Fachgewerkschaften im öffentlichen Dienst



Ausgabe vom 15. Februar 2017

Themen dieser Ausgabe

- Erfolgreicher Aktionstag des dbb sh zur Einkommensrunde 2017 Seite 2
- Die Resolution des dbb sh an die Landesregierung im Wortlaut Seite 3
- Klartext bei der Kundgebung Seite 4
- Auf die dritte Runde kommt es an Seite 6
- Der dbb sh bietet wieder interessante Seminare an Seite 6
- Landtagswahlen: dbb initiiert Wahlprüfsteine Seite 8
- Abschaffung der Beihilfe hätte Risiken und Nebenwirkungen Seite 8
- Gewerkschaftspolitischer Jahresauftakt des dbb in Köln Seite 9
- Wir über uns / Kontakt Seite 10



Erwartungen an die Landesregierung

Anlässlich der Einkommensrunde 2017 hat der dbb sh seine Erwartungen an die Landesregierung formuliert. Gut 1.000 Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften gaben in Kiel Rückenwind für die dbb-Forderungen. Dabei geht es um Entgelt- und Besoldungstabellen sowie um Korrekturen beim gekürzten beziehungsweise gestrichenen Weihnachtsgeld.

Impressum

Herausgeber: dbb schleswig-holstein - Muhliusstr. 65, 24103 Kiel,
Telefon: 0431/675081, Internet: www.dbbsh.de, E-Mail: info@dbbsh.de

Redaktion/ViSdP: Kai Tellkamp

Fotos: eigene Bilder, Christiane Breifelder, fotolia (Blach, empics)

Erfolgreicher Aktionstag des dbb sh zur Einkommensrunde 2017

Der dbb ist eine starke Gemeinschaft: Unsere Fachgewerkschaften und deren Mitglieder stehen hinter unseren Forderungen, die auch von der Politik nicht ignoriert werden. Das hat unsere Aktion am 8. Februar am Kieler Finanzministerium einmal mehr gezeigt.



Die Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften nutzten den Aktionstag, um ihre Forderungen darzustellen

Geplant war eine Kundgebung am Finanzministerium, in deren Rahmen der Landesregierung von Delegationen der Fachgewerkschaften eine Resolution übergeben wird. Die Resonanz war großartig: Gekommen sind gut 1.000 Mitglieder, die ihren berechtigten Forderungen Nachdruck verliehen haben. Die Reden von Landesbundvorsitzenden Kai Tellkamp sowie Landesjugendleiter Florian Reuße (siehe extra-Artikel) wurden lautstark unterstützt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ein unmissverständliches Signal gesetzt für die laufende Einkommensrunde 2017 sowie für die anstehenden Landtagswahlen.

Im Kern geht es um drei Punkte

Dabei stehen drei Anliegen im Mittelpunkt: Erstens erwarten wir, dass in der dritten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder endlich ein akzeptables Angebot auf den Tisch kommt und ein Tarifabschluss zustande kommt. Zweitens erwarten wir, dass der Tarifabschluss in Schleswig-Holstein inhalts- und zeitgleich auf die Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten übertragen wird. Und drittens erwarten wir, dass für diese Statusgruppe in der nächsten Legislaturperiode überfällige Korrekturen beim Weihnachtsgeld und bei der Arbeitszeit angegangen werden.

Politik nahm Resolution entgegen

Diese Punkte waren auch Gegenstand einer Resolution an die Schleswig-Holsteinische Landesregierung (Resolutionstext siehe extra-Artikel). Die Resolution wurde im Rahmen der Veranstaltung verkündet und von Finanzministerin Monika Heinold entgegengenommen.



Finanzministerin Monika Heinold nahm die Resolution entgegen und erläuterte die Position der Landesregierung

Heinold sprach anschließend zu den Anwesenden. Sie äußerte die Hoffnung, dass ein Tarifabschluss zustande kommt und zeigte Verständnis für die Anliegen der Beamten, die ihr gegenüber sicher einprägsam artikuliert wurden. Die Finanzministerin erklärte trotz zwischenzeitlichem Pfeifkonzert, dass Besoldungsanpassungen unbegrenzt fortwirken - auch in Zeiten mit möglicherweise wieder schlechteren Haushaltsdaten. Doch die passende Antwort lieferte unsere Resolution: Ein hochwertiger und verlässlicher öffentlicher Dienst muss unabhängig von der Haushaltslage garantiert werden – die Beschäftigten dürfen nicht für Haushaltsrisiken haftbar gemacht werden.



Die Teilnehmer haben sich lautstark zu Wort gemeldet, aber auch zugehört, was die Politik zu sagen hat

Auch Vertreter der Landtagsfraktionen waren anwesend und haben damit dokumentiert, dass ihnen der öffentliche Dienst nicht egal ist: Petra Nicolaisen (CDU), Bernd Heinemann (SPD) und Christopher Vogt (FDP) haben nicht nur zugehört, was der dbb zu sagen hat, sondern auch zu den Teilnehmern gesprochen und dabei Verständnis gezeigt sowie Handlungsbedarf zugestanden.



Die dbb Aktion stieß auch bei den Medien auf reges Interesse

Der dbb sh wird mit dem durch die Veranstaltung gewonnenen Rückenwind weiter engagiert an der Durchsetzung seiner Forderungen arbeiten – im Interesse der Mitglieder und des öffentlichen Dienstes.

Die Resolution des dbb sh an die Landesregierung im Wortlaut

Wir kritisieren...

... dass noch kein Angebot vorgelegt wurde, das unseren berechtigten Forderungen, den gestiegenen Anforderungen und der unverzichtbaren Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Rechnung trägt!

Wir bedauern...

... dass entgegen der Bürgerwünsche und politischen Ankündigungen sowie trotz sprudelnder Steuereinnahmen noch immer die Weichenstellung für einen insgesamt leistungsfähigen öffentlichen Dienst ausbleibt!

... dass wir gezwungen sind, unsere berechtigten Forderungen durch Aktionen deutlich zu machen und durchzusetzen, was zu Belastungen der Menschen führt, die auf unsere Arbeit angewiesen sind!



Die dbb Landesvorstandsmitglieder Ludwig Klemm und Kai Tellkamp verkünden die Resolution

Wir stimmen zu...

... dass die Kontinuität einer positiven Haushaltslage nicht garantiert ist. Doch wir müssen die Kontinuität eines hochwertigen, verlässlichen und wertgeschätzten öffentlichen Dienstes

garantieren. Deshalb dürfen die Beschäftigten nicht für Haushaltsrisiken haftbar gemacht werden!

Wir erwarten von der Landesregierung...

... dass sie einem Tarifabschluss mit spürbarem Einkommenszuwachs zustimmt!

... dass sie einen Gesetzentwurf für eine inhalts- und zeitgleiche Übertragung auf die Beamten vorlegt!

... dass endlich auch überfällige Themen wie Weihnachtsgeld und Arbeitszeit auf die Tagesordnung kommen!

... dass berücksichtigt wird, dass qualifiziertes und motiviertes Personal nur gewährleistet werden kann, wenn eine faire Bezahlung stattfindet!

Klartext bei der Kundgebung

Beim Aktionstag des dbb sh sprach zunächst Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Im Beisein der Politik wurden die Forderungen sowie die Stimmung der Beschäftigten noch einmal deutlich:

Auf Unverständnis stößt der Umstand, dass die Arbeitgeber auch in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen noch kein Angebot vorgelegt haben. Und das, obwohl unsere Forderungen seit Mitte Dezember 2016 auf dem Tisch liegen und sie genug Zeit hatten,

sich vorzubereiten. „Das grenzt an Arbeitsverweigerung, dafür müsste eigentlich eine Abmahnung ausgesprochen werden“, so Tellkamp.

Der Landesdienst müsse endlich die rote Laterne bei der Bezahlung des öffentlichen Dienstes loswerden. Deshalb würden die Tarifforderungen neben einer linearen Tabellenanpassung auch die Stufe 6 für alle Entgeltgruppen sowie stufengleiche Höhergruppierungen umfassen.

Auf lautstarke Zustimmung stieß auch die Forderung nach einer inhalts- und zeitgleichen Übertragung des Tarifabschlusses auf die Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten. Das gilt auch für die Forderung nach Korrekturen beim Weihnachtsgeld und bei der Arbeitszeit, wo es vor über 10 Jahren zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung empfindliche Einschnitte gab. „Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass in Zeiten von Haushaltsüberschüssen diese Durststrecke endlich ein Ende hat“, so Tellkamp. Der nächste Koalitionsvertrag müsse eine Weichenstellung vorsehen.



„Kohle nicht auf Schiffen verheizen“: dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp

Er stellte aber auch klar, dass ein verlässlicher öffentlicher Dienst unabhängig von der Haushaltslage gewährleistet werden müsse. „Wir sollten die Kohle nur nicht auf Schiffen verheizen, die keiner braucht und auch nicht zur Warmhaltung von Banken einsetzen, die keiner braucht. Die Steuermittel sind besser investiert in den öffentlichen Dienst, denn der wird wirklich gebraucht, und zwar dringend!“, schallte es in Anspielung auf die HSH Nordbank aus den Lautsprechern neben dem Finanzministerium.

Rückenwind gäbe es nicht nur von den Bürgern, die nach aktuellen Umfragen mehrheitlich der Auffassung sind, dass für den öffentlichen Dienst eher zu wenig als zu viel Geld ausgegeben wird. Dies werde durch einen europäischen Vergleich der Personalkostenanteile am Bruttoinlandsprodukt noch untermauert: Deutschland liegt mit 7,7 Prozent abgeschlagen auf den hinteren Rängen, während zum Beispiel Dänemark mit 16,6 Prozent in einer anderen Liga spielt.

Die Forderungen für die Jugend brachte dbb Landesjugendleiter Florian Reuße auf den Punkt:

Im Mittelpunkt stehen eine spürbare Erhöhung der Ausbildungsentgelte und Anwärterbezüge. Zudem geht es um die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden.



Der dbb steht voll hinter den Forderungen seiner Jugendorganisation, die von Landesjugendleiter Florian Reuße (Mitte) auf der Bühne vorgestellt wurden

„Nur wenn es hier Bewegung gibt, kann der öffentliche Dienst dringend benötigte Nachwuchskräfte gewinnen und gegenüber der freien Wirtschaft ausreichend konkurrenzfähig sein!“, so Florian Reuße unter dem Beifall der Anwesenden.

Auf die dritte Runde kommt es an

In der Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder richtet sich der Blick jetzt auf die dritte Tarifrunde am 16. und 17. Februar, die in Potsdam stattfindet. Dort verhandeln dbb und verdi mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), der auch das Land Schleswig-Holstein angehört.



Nach den ersten beiden Verhandlungsrunden konnte dbb Verhandlungsführer Willi Russ (mit dem verdi-Vorsitzenden Frank Bsirske und TdL Verhandlungsführer Peter-Jürgen Schneider – von rechts) nur eine Nullnummer der Arbeitgeber bekanntgeben

Der dbb hat das Ziel, zu einem Tarifabschluss zu kommen, was natürlich ein akzeptables Angebot der Arbeitgeberseite voraussetzt. Der dbb ist jedenfalls handlungs- und abstimmungsfähig: er hat seine Bundestarifkommission nach Potsdam eingeladen. Der dbb Landesvorstand ist durch Ludwig Klemm und Kai Tellkamp vertreten, wobei Tellkamp auch dem engeren Kreis der dbb Verhandlungskommission angehört.

Im Erfolgsfalle geht es Schlag auf Schlag weiter: Dann soll nach dem Stand der Dinge in Schleswig-Holstein ein Beteiligungsverfahren zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung eingeleitet werden. Unsere diesbezüglichen Forderungen sind in der Politik ganz sicher angekommen. Es wird also spannend!

Der dbb sh bietet in 2017 wieder interessante Seminare an

Kennen Sie Ihre Rechte – als Arbeitnehmer(in), oder Beamtin/Beamter, als Auszubildende(r), als Mitglied des Personal- oder Betriebsrates oder in anderen Funktionen? Möchten Sie Ihre Fähigkeiten beim Reden oder Argumentieren ausbauen? Oder möchten Sie sich zum Beispiel über Ihre Versorgung informieren? Dann werfen Sie einen Blick in unser Bildungsprogramm 2017! Sie werden sicher fündig, für jeden ist etwas dabei – hochwertig, praxisorientiert und trotzdem günstig.

Dabei haben wir unser Seminarangebot vor allem ausgerichtet an dem speziellen Bedarf der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein.

Ob Sie sich aus beruflichem oder einfach aus persönlichem Interesse oder aber aufgrund einer Funktion in Ihrer dbb Fachgewerkschaft für unser Angebot interessieren: Sie sind herzlich willkommen!

Für Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften gibt es Vorteile: Sie profitieren von häufig günstigeren

Teilnahmegebühren. Einige Fachgewerkschaften gewähren sogar weitere Zuschüsse.

Nachstehend haben wir eine Kurzübersicht der wichtigsten noch anstehenden Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2017 zusammengestellt.

Unser vollständiges Veranstaltungsprogramm mit Details und Anmeldemöglichkeit kann unserem Seminarprogramm im Internet oder der Seminarbroschüre entnommen werden.



Die Titelseite unseres diesjährigen Seminarprogramms

| | |
|----------------|--|
| 18.02.2017 | Ich pack die Prüfung! – Prüfungsangst & Blackouts |
| 24.02.2017 | Update zum Beamtenrecht – Aktuelle Gesetzesänderungen |
| 06.03.2017 | JAV-Aufbauschulung |
| 08.03.2017 | Die neue kommunale Entgeltordnung |
| 08.03.2017 | Die Arbeit des dbb: Aufbau, Aufgaben und Argumente |
| 29.03.2017 | „Vorsorge treffen“ – Vorsorgevollmacht, Betreuungs- und Patientenverfügung |
| 30.03.2017 | Personalratsarbeit im Schulbereich |
| 30.03.2017 | Personalratsarbeit im Schulbereich |
| 03.04.2017 | Lebensarbeitszeitkonten und Altersteilzeit |
| 04.04.2017 | Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen |
| 05.04.2017 | Protokolle gut formuliert |
| 06.04.2017 | Radikalisierung und religiös begründeter Extremismus |
| 08.+13.06.2017 | Beamtenrecht für Lehrkräfte |
| 26.04.2017 | Die Pension naht – Was ist zu beachten? |
| 27.04.2017 | Betriebliche Gesundheitsvorsorge und betriebliches Eingliederungsmanagement |
| 08.05.2017 | „Meine Rechte, meine Pflichten“ – Seminar für Gleichstellungsbeauftragte in Schleswig-Holstein |
| 09.05.2017 | Soziale Medien in der Gewerkschaftsarbeit |
| 11.05.2017 | Die Rente naht – Was ist zu beachten? |
| 16.05.2017 | Effiziente Arbeitsorganisation und Zeitmanagement |
| 17.05.2017 | Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienst – Grundseminar |
| 17.05.2017 | Die Arbeit des dbb: Gewerkschafts- und Tarifpolitik |
| 18.05.2017 | Exkursion nach Hamburg: Elbphilharmonie und „St. Pauli-Quickie“ |
| 01.06.2017 | Burnout-Prävention im Beruf |
| 02.06.2017 | Rechtsfragen bei Überlastung am Arbeitsplatz |
| 08.+13.06.2017 | Beamtenrecht für Lehrkräfte |
| 12.06.2017 | Beamtenrecht I – Grundseminar |
| 13.-14.06.2017 | Grundseminar zum Personalvertretungsrecht |
| 15.-16.06.2017 | Arbeits- und Tarifrecht – Grundseminar |
| 21.06.2017 | Fit für die Vorstandsarbeit |

Landtagswahlen: dbb initiiert Wahlprüfsteine

Am 7. Mai 2017 wird in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt. Ein wichtiger und spannender Tag auch für den dbb sh und seine Mitglieder. Denn es ist zu erwarten, dass in der nächsten Legislaturperiode wichtige Weichenstellungen für den öffentlichen Dienst vorgenommen werden – wie auch immer sich der Landtag zusammensetzen wird.

Deshalb mischt sich der dbb sh bereits jetzt ein.

Die Ausgangslage: Auf der einen Seite wird ein leistungsfähiger und starker Staat allseits als erforderlich angesehen. Auf der anderen Seite haben die Einsparungen vergangener Jahre an vielen Stellen zu steigender Arbeitsbelastung und einem hohen Altersschnitt geführt. Die daraus resultierenden Probleme bei der Personalgewinnung werden durch die demografische Situation noch erschwert.

Die künftige Landesregierung und Landtagsmehrheit wird sich deshalb stärker denn je diesen Herausforderungen stellen müssen.



Als dbb sind wir politisch neutral. Wir wollen unseren Mitgliedern und auch den Menschen in Schleswig-Holstein aber eine Orientierungshilfe für die Stimmenabgabe geben und damit auch einen Beitrag für eine gute Wahlbeteiligung leisten. Deshalb haben wir einige bedeutsame Fragen, die den öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein betreffen, zusammengestellt. Wir haben die Landtagsfraktionen beziehungsweise die im Landtag vertretenen Parteien um Beantwortung gebeten. Die – sicher interessanten und hoffentlich aufschlussreichen - Ergebnisse werden wir in Kürze gegenüberstellen und veröffentlichen.

Abschaffung der Beihilfe hätte Risiken und Nebenwirkungen

Der dbb warnt auf Bundes- und Landesebene vor einer oberflächlichen Diskussion über die Beihilfe und die Einbeziehung der Beamten in die Gesetzliche Krankenversicherung.

Es war nur eine Frage der Zeit, nicht aber der Sachargumente, dass wieder eine Möglichkeit genutzt wird, angebliche Privilegien der Beamten zum Gegenstand von Meinungsmache gegen Beamte und unseriöser Politik zu machen. Die Annahme der Bertelsmann Stiftung, allein in Schleswig-Holstein

ließen sich jährlich 40 Millionen Euro sparen, wenn Beamte in der GKV sind, ist alles andere als realistisch.

Die genannten Einsparsummen entbehren jeder Grundlage, weil verschiedene Entwicklungen einfach unterstellt wurden. Die Ergebnisse gehören deshalb bestenfalls in das Reich der Spekulation. Hinzu kommt, dass auch die Zukunft der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht frei von Herausforderungen mit derzeit kaum absehbaren Konsequenzen ist.

Würde dem Vorschlag der Studie gefolgt werden, müssten außerdem wichtige Folgewirkungen beachtet werden: Die Hälfte der GKV-Beiträge müsste von den versicherten Beamten getragen werden – damit verbundene Kostensteigerungen müssten dann durch eine Anpassung der Besoldung ausgeglichen werden. „Wir werden nicht akzeptieren, dass den Beamten Pflichtbeiträge ohne jede Kompensation auferlegt werden“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp. Außerdem ist zu erwarten, dass die Ärzte auf eine Anhebung der GKV-Abrechnungssätze pochen werden, wenn die derzeitige Quersubventionierung des Gesundheitssystems durch die PKV entfällt. Das würde Kostensteigerungen für die Beitragszahler der GKV bedeuten. Dazu würde auch der Wegfall von Wettbewerbselementen

auf dem Gesundheitsmarkt durch eine Einheitsversicherung beitragen.

Die Abschaffung der Beihilfe dürfte aber bereits aus verfassungsrechtlichen Gründen scheitern: Die Beihilfe gehört neben Besoldung und Versorgung zum Gesamtpaket der grundgesetzlich geschützten Alimentation von Beamten durch ihren Dienstherrn.

Tellkamp: „Aktuell kommt es doch darauf an, den öffentlichen Dienst zu stärken und seine Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Dafür müssen Nachwuchskräfte gewonnen und die Motivation der Kolleginnen und Kollegen gewährleistet werden. Wer dies durch die Abschaffung von begründeten Fürsorgebestandteilen erschwert, spielt letztendlich mit der Funktionsfähigkeit unseres Rechts- und Sozialstaates!“

Gewerkschaftspolitischer Jahresauftakt des dbb in Köln

Traditionell findet im Januar eines jeden Jahres die dbb Jahrestagung in Köln statt. Die Veranstaltung hat sich als gewerkschaftspolitischer Jahresauftakt etabliert.

In diesem Jahr stieß die Fachtagung auf besonders großes Interesse. Drei Landtagswahlen, die Bundestagswahl und die Einkommensrunde werfen ihre Schatten voraus. Unter anderen waren die Bundeskanzlerin und der Bundesinnenminister vor Ort.



Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der dbb Jahrestagung

dbb Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt schrieb ihnen gleich zu Beginn der Tagung ins Stammbuch: „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden zu gering geschätzt von der Politik und zu wenig respektiert von den Bürgern.“ Die Politik reagierte „zielgruppenorientiert“ mit Lob.



dbb Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt konnte auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière begrüßen

Der dbb wird sich jedoch dafür einsetzen, dass daraus konkretes Handeln erwächst. In Bund und Ländern wird es da einiges zu tun geben.



dbb
beamtenbund
und tarifunion
landesbund
schleswig-
holstein

Kontakt:

Muhliusstr. 65
24103 Kiel

Telefon: 0431.67 50 81
Fax: 0431.67 50 84
E-Mail: info@dbbsh.de
Web: www.dbbsh.de

Der dbb sh ist...

... die Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften und -verbände des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein. Wir bündeln gemeinsame Interessen unserer Mitgliedsorganisationen, die wir mit der Kraft unserer Solidargemeinschaft vertreten. Bundesweit setzen über 1,2 Millionen Mitglieder auf die Kompetenz des dbb beamtenbund und tarifunion. Das macht uns stark.

Wir setzen uns unter anderem ein für...

- den Erhalt des Berufsbeamtentums und den daneben bestehenden Tarifbereich
- eine faire Bezahlung sowie realistische Aufstiegschancen
- eine aufgabengerechte Personal- und Sachausstattung
- familienfreundliche, gesundheitsbewusste und alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen
- ein positives Image und eine hohe Wertschätzung des öffentlichen Dienstes
- eine sichere und auskömmliche Altersversorgung

Wir können Ziele erreichen und Leistungen erbringen, indem...

- wir uns in beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahren für ein fortschrittliches Beamtenrecht einschließlich Besoldungs- und Versorgungsanpassungen stark machen
- der dbb als anerkannter Tarifpartner im öffentlichen Dienst Tarifverträge durchsetzt
- wir unseren Forderungen durch Aktionen – für Tarifbeschäftigte auch als Streiks mit Streikgeldunterstützung – Nachdruck verleihen
- wir mit guten Argumenten gegenüber der Politik, relevanten Ministerien und Verbänden sowie durch Öffentlichkeitsarbeit für den öffentlichen Dienst eintreten
- wir über aktuelle Entwicklungen und Handlungsempfehlungen kompetent informieren
- wir im Rahmen unseres Rechtsschutzes individuelle Ansprüche prüfen und durchsetzen
- wir ein Seminarprogramm für den öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein mit günstigen Konditionen auf die Beine stellen
- wir die Personalräte unterstützen, unter Beachtung ihrer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit
- wir umfangreiche und kostengünstige Vorsorge- und Konsumangebote anbieten

Sie können davon profitieren, wenn...

... sie Mitglied in einer der Fachgewerkschaften oder -verbände des dbb sind oder werden. Nur Mitglieder stärken unsere Durchsetzungsfähigkeit, die Lage der Beschäftigten und damit auch sich selbst. Nur Mitglieder können für sich Verbesserungen und Perspektiven erwarten.

Unsere Mitgliedsgewerkschaften gewährleisten mit ihrer Berufsgruppenorientierung einen hohen Praxisbezug zu niedrigen Beiträgen. Gern beraten wir Sie, welche dbb-Gewerkschaft am besten zu Ihnen passt!